



An den Bundesminister der Finanzen
Herrn Lars Klingbeil MdB

An die Bundesministerin für Arbeit und Soziales
Frau Bärbel Bas MdB

An den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion
Herrn Dr. Matthias Miersch MdB

* via E-Mail

Berlin im Juni 2025

Offener Brief zur Unabhängigkeit der Mindestlohnkommission

Sehr geehrter Herr Klingbeil,
sehr geehrte Frau Bas,
sehr geehrter Herr Dr. Miersch,

mit großer Sorge verfolgen wir als mittelständisch geprägte Verbände die aktuelle Debatte um eine politische Einflussnahme auf die Arbeit der Mindestlohnkommission.

Wir wenden uns heute mit einem eindringlichen Appell an Sie:

Bitte wahren Sie die Unabhängigkeit der Mindestlohnkommission und akzeptieren Sie die sowohl von Arbeitgebern wie Gewerkschaften unter Beihilfe wissenschaftlicher Expertise ausgehandelten Ergebnisse.

Eine politische Einmischung in die Festsetzung des gesetzlichen Mindestlohns ist ein gefährlicher Dammbruch mit gravierenden Folgen für den Wirtschaftsstandort Deutschland – insbesondere für unsere mittelständischen Betriebe.

Die Mindestlohnkommission ist bewusst als unabhängiges Gremium ins Leben gerufen worden. Ihre Aufgabe ist es, unter Einbeziehung wissenschaftlicher Expertise, aktueller Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung sowie unter Abwägung der Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, den Mindestlohn sachgerecht und ausgewogen anzupassen. Politische Eingriffe in diese Prozesse untergraben nicht nur dieses Prinzip, sondern beschädigen dauerhaft das Vertrauen in transparente, verlässliche und berechenbare Verfahren.

Gerade der Mittelstand, das Rückgrat unserer Wirtschaft, steht weiterhin unter erheblichem Druck. Ein Mindestlohn, der sich an parteipolitischen Motiven und nicht an der wirtschaftlichen Realität orientiert, wird zahlreiche Unternehmen in ihrer Existenz gefährden.

Wir appellieren daher mit Nachdruck an Sie persönlich:

Stärken Sie die Institutionen und deren Glaubwürdigkeit. Vertrauen Sie auf die Expertise und Integrität der Mindestlohnkommission und den Grundsatz der Tarifautonomie.

Politische Schnellschüsse zu Lasten der wirtschaftlichen Substanz unserer mittelständischen Betriebe riskieren Arbeitsplätze und schwächen die Innovationskraft unseres Landes. An einem für Mittelständlerinnen und Mittelständler unberechenbaren Politikstil und der damit einhergehenden wirtschaftlichen Talfahrt ist bereits die Vorgängerregierung unter der Ampel-Koalition gescheitert. Es ist an der Zeit, dass Politik Verlässlichkeit zeigt – insbesondere gegenüber denjenigen, die tagtäglich Verantwortung übernehmen, Ausbildungsplätze schaffen und wirtschaftliches Rückgrat zeigen.

Als Mittelstand tragen wir Verantwortung für Millionen von Beschäftigten. Für uns ist klar: gute Sozialpolitik lebt von guten Arbeitsplätzen. Jedoch sind wir als Arbeitgeber nicht der verlängerte Arm des Sozialstaats.

Angesichts der steigenden Sozialabgaben und des demografischen Wandels rufen wir Sie dazu auf, mit einer dringend erforderlichen, aber im Zweifel auch unpopulären und umfassenden Reformagenda unsere Sozialversicherungssysteme langfristig nachhaltig aufzustellen und die arbeitende Mitte dieses Landes zu entlasten.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzender der BVMW-Bundesgeschäftsführung
Erster Bürgermeister a.D.

Hauptgeschäftsführer
Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks e.V.

Präsident
BDSW Bundesverband der Sicherheitswirtschaft

Hauptgeschäftsführer
bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V.

Verbandspräsident
European Association for Training Organisations

Präsidentin
Infrastruktur Gesundheitssystem

Geschäftsführer
Bundesverband Taxi und Mietwagen e.V.

Präsident
Bundesverband Kraft-Wärme-Kopplung e.V.

Managing Director
logistic-natives e.V.

Vorstandsvorsitzender
Bundesvereinigung Veranstaltungswirtschaft

Präsidentin
Zentralverband des Friseurhandwerks

Kontakt:
Sebastian Krauß
Der Mittelstand. BVMW e.V.
Mitglied der Bundesgeschäftsleitung, Leiter Politik Inland
E-Mail: sebastian.krauss@bvmw.de
Mobil: +49 175 923 11 38